

Lösch, Dieter

Article — Digitized Version

Der verunglimpfte Neoliberalismus

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Lösch, Dieter (1999) : Der verunglimpfte Neoliberalismus, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Springer, Heidelberg, Vol. 79, Iss. 8, pp. 452-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/40379>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Immer häufiger taucht in der tagespolitischen Diskussion der Begriff Neoliberalismus auf, in der eindeutigen Absicht, als „neoliberal“ oder „Neoliberalismus“ etikettierte wirtschaftspolitische Vorschläge zu diskreditieren. So wurde z.B. kürzlich versucht, das Schröder-Blair-Papier mit der bloßen Bemerkung, es „grenze an Neoliberalismus“, in Acht und Bann zu tun. Und in der zählbaren linken Subkultur an den Universitäten, die sich heutzutage im Internet artikuliert, erscheint der „Neoliberalismus“ als personifizierte Ursache für alle Übel der post-realistsozialistischen Welt. Was dort alles als Neoliberalismus definiert oder diesem zugeschrieben wird, ist so abstrus, daß darauf einzugehen sich nicht lohnt. Daß aber ein unschuldiger dogmenhistorischer Terminus zur Bezeichnung für eine durchaus erfolgreiche Wirtschaftssystemkonzeption – in der eindeutigen Absicht, daraus politisches Kapital zu schlagen – zu einem als Totschlagargument mißbrauchten Unwort gemacht wird, sollte vielleicht doch nicht einfach hingenommen werden.

Tatsache ist: In der Ordnungsökonomik wird als Neoliberalismus jene Strömung bezeichnet, die nach der Weltwirtschaftskrise um die Ausarbeitung eines zeitgemäßen, am klassischen Wirtschaftsliberalismus anknüpfenden Wirtschaftssystementwurfs bemüht war, zu der auch der Ordoliberalismus der „Freiburger Schule“ gehört, der entscheidenden Einfluß auf die Ausformung des Leitbildes der „Sozialen Marktwirtschaft“ und dessen Durchsetzung in Westdeutschland gehabt hat.

In der ordnungspolitischen Diskussion der fünfziger Jahre sah sich dieser westdeutsche Neoliberalismus hauptsächlich einem alternativen Gesellschaftskonzept gegenüber, das als Neo-, demokratischer oder freiheitlicher Sozialismus firmierte und den Freiheitlichen Sozialismus propagierte. Beide Richtungen lehnten die kommunistische Planwirtschaft und Einparteidiktatur entschieden ab. Mit dem



Dieter Lösch

Der verunglimpfte Neoliberalismus

Godesberger Programm der SPD einerseits und der Übernahme keynesianischer und wohlfahrtsstaatlicher Elemente durch die neoliberale Theorie und Praxis andererseits kam es schon bald zu einer weitgehenden Annäherung dieser beiden ordnungspolitischen Leitbilder. Müller-Armacks „zweite Stufe der Sozialen Marktwirtschaft“ und der sozialdemokratische Pragmatismus Karl Schillers lagen eng beieinander. Höhepunkt und sichtbarer Ausdruck dieses Annäherungsprozesses war das 1967 von der großen Koalition beschlossene, keynesianisch geprägte Stabilitäts- und Wachstumsgesetz. Und trotz gewisser Unterschiede in der Akzentuierung des „sozialen“ Elementes der Sozialen Marktwirtschaft erfolgte der Ausbau des Sozialstaates unabhängig von den jeweiligen Zusammensetzungen der wechselnden Regierungskoalitionen so lange, wie die relativ hohen Wachstumsraten die Grenzen der Belastbarkeit hinausschoben. Danach wurde der notwendige Rückschnitt bzw. Umbau des Sozialleistungssystems – entgegen aller Rhetorik vom „Sozialabbau“ und der „neoliberalen Zerstörung des Nachkriegssystems“ (Gregor Gysi) – bis heute von keiner Regierung substantiell in Angriff genommen.

Dies ist die kurzgefaßte Geschichte des Neoliberalismus in Deutsch-

land, dessen Wohlstand und Weltgeltung er mit aufzubauen half. Um so mehr verblüfft die hierzulande wachsende Welle der Verunglimpfung des Neoliberalismus als einfältige Ideologie von Marktdogmatikern, die selbst dann kaum verständlich wäre, wenn sie sich gegen den radikalen Neo-Neo- oder Anarcholiberalismus eines David Friedman u.a. richtete, die nicht nur das Wettbewerbsprinzip auf das Bildungssystem ausdehnen, sondern sogar Justiz und Landesverteidigung privatisieren möchte. Dabei hat der Neoliberalismus – wie übrigens auch der Thatcherismus und Reaganismus – stets eine eher gemäßigte Position hinsichtlich der Rolle des Staates in der Wirtschaft eingenommen. Er hat die Möglichkeit von Marktversagen nie gelehnet und staatlichen Handlungsbedarf im Zusammenhang mit externen Effekten und öffentlichen Gütern nie bestritten – und damit das Dilemma mit dem Staat in der Wirtschaft eher unter- als überschätzt.

Wie die neue polit- und institutionenökonomische Theorie überzeugend belegt, ist nämlich Marktversagen weitaus seltener als angenommen, während Staatsversagen in der Demokratie quasi institutionell vorprogrammiert ist. Denn Regierungen, die sich periodisch dem Wählervotum stellen müssen, neigen dazu, vorrangig populäre Maßnahmen zu ergreifen und unpopuläre zu unterlassen. Leider aber ist das für Wachstum, Vollbeschäftigung und Geldwertstabilität wirtschaftspolitisch Gebotene selten populär, während das Populäre meist der Wirtschaft schadet. Wegen dieses Hanges des Staates zum Populismus sind Staatsbetriebe relativ unwirtschaftlich, ist keynesianische Wirtschaftspolitik problematisch und werden öffentliche und meritorische Güter zu viel und nicht effizient produziert. Am Ende eines Jahrhunderts, dessen große Katastrophen aus Staatsversagen resultierten, ist es nach alledem unbegreiflich, daß die naive sozialistische Staatsgläubigkeit immer noch am Leben und sogar offensiv ist.